

Niederschrift

Sitzung des Ortsbeirats Richtsberg (öffentlich)

Sitzungstermin: 28. April 2022 Sitzungsbeginn: 18:40 Uhr Sitzungsende: 20:37 Uhr

Ort, Raum: Großer Saal der Richtsberggemeinde

Anwesende

Reguläre Mitglieder

Erika Lotz-Halilovic Ortsvorsteherin

Bettina Böttcher-Dutton Bernd Hannemann Annelie Vollgraf

Dr. Gerhard Peleska

Dr. Heinz Stoffregen Protokoll

Gäste

Clara Easthill, Stadt Marburg Till Conrad, Oberhessiche Presse Herr Hassan, Dar al Salem u.a.

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung durch die Vorsitzende

Die Ortsvorsteherin eröffnet die Sitzung um 18.40 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ortsvorsteherin stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Zur Tagesordnung beantragt Frau Böttcher-Dutton, den TOP 6 Anträge zu ergänzen um 6.8 Sanierung und 6.9 bezahlbarer Wohnraum. Beiden Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 10.03.2022

Die Niederschrift der Sitzung vom 10. 3. 2022 wird einstimmig genehmigt.

zu 4 Berichte über den aktuellen Sachstand der Ortsbeiratsbeschlüsse

Am 24.03.2022 und 21.04.2022 fanden Arbeitstreffen zu diesem TOP statt.

zu 5 Berichte der Ortsvorsteherin

- a. Das Corona-Testzentrum am Richtsberg musste wegen Sanierungsarbeiten geschlossen werden. Der Ortsbeirat ist der Meinung, dass es wiedereröffnet werden sollte ein möglicher anderer Ort wird geprüft.
- b. Die Klagen über den Spiegel an der Sonnenblickallee gegenüber der Badestube sollen über den Mängelmelder angesprochen werden.
- c. Es wird berichtet, dass die vor einiger Zeit aufgestellten Bänke gut genutzt werden. Der Ortsbeirat ist der Meinung, dass weitere Bänke beantragt werden sollen.
- d. Das Gebäude des Central wird nicht nur aufgestockt, wie ursprünglich beantragt, sondern ist komplett abgerissen worden. Der Ortsbeirat bedauert, bisher über die geänderten Pläne nicht informiert worden zu sein und schlägt vor, dieses Thema auf der nächsten Sitzung aufzugreifen.
- e. Ein Bericht über die Tätigkeit des Mieter-Ombudsgremiums soll gegeben werden, wenn es seine Tätigkeit am Richtsberg aufgenommen hat, was sich bisher immer wieder verzögert hat.
- f. Am 16. 11. 2022 ist die nächste Konferenz der Ortsvorsteher/innen vorgesehen. Der Ortsbeirat legt Wert darauf, dass sein Antrag zur Änderung der Satzung dort behandelt wird (Vergrößerung der Zahl der Mitglieder im Ortsbeirat am Richtsberg).
- g. Zum Thema Verwaltungsgebäude der GWH am Richtsberg legt der Ortsbeirat Wert darauf, dass er die Errichtung sehr begrüßt hat lediglich dem Standort am Damaschkeweg widersprochen hat. Eine Besichtigung der Grundstücke der GWH am Richtsberg hat ergeben, dass sich nach Auffassung einiger Mitglieder des Ortsbeirates durchaus geeignetere Standorte angeboten haben, und zwar in der Straße Am Richtsberg, am Karlsbader Weg und der Leipziger Straße/Rostocker Weg. Diese sollen der GWH zur Überprüfung vorgeschlagen werden.
- h. Die Ortsvorsteherin berichtet, dass ein Ortstermin zur Verkehrsführung in der Sonnenblickallee stattgefunden hat, ohne dass der Ortsbeirat, der ja ein eigener Konzept einer abknickenden Vorfahrt mit sofortiger Änderung der Verkehrsführung beantragt hat, davon informiert wurde. Der Ortsbeirat missbilligt dieses Vorgehen der Verwaltung einstimmig und beauftragt die Ortsvorsteherin einstimmig, bei der Verwaltung auf einem unverzüglich durchzuführenden Ortstermin mit Teilnahme des Ortsbeirats zu bestehen.
- i. Zu dem Thema der Müllgebühren wird der Antwortbrief des Oberbürgermeisters, der eine Zuständigkeit des Magistrats verneint, für nichtzutreffend erachtet. Dr. Peleska weist darauf hin, dass es sehr wohl z. B. in der Kompetenz des Ordnungsamtes liegt, nicht ordnungsgemäß gelagerten Müll mit Bußgeldern für die Grundstückseigentümer zu belegen, die nicht auf die Mieter umgelegt werden können. Dr. Peleska wird zur nächsten Sitzung einen Antrag zu diesem Thema einbringen.

zu 6.1 Antrag: Antragsdiskussionen über Interna des OBR Richtsberg

Ich stelle den Antrag, dass Anträge, die nicht das eigentliche Aufgabengebiet des Ortsbeirats betreffen sondern nur die Interna des Gremiums - wie Regelabläufe oder Formalien - zwar öffentlich abgestimmt, aber in der Sache nicht öffentlich diskutiert werden sollen.

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	
Ungültige Stimmen:	

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

zu 6.2 Antrag: Radweg Sonnenblickallee

Ich stelle den Antrag, dass die Verkehrsbehörde uns mitteilt, wie der Radweg auf der Sonnenblickallee geplant ist, wie er verlaufen soll.

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	
Ungültige Stimmen:	

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

zu 6.3 Antrag: Einladung zu Sitzungen des Ortsbeirates

Ich stelle den Antrag, dass die Themen, über die geladene Gäste sprechen wollen, in der Einladung ausführlicher beschrieben werden. Erläuterndes Material soll den Beiräten im Vorfeld zur Verfügung gestellt werden und dabei geprüft werden, ob Abstimmungen zu Fragestellungen zu erwarten sind.

Der Antrag wird vertagt, um eine präzisere Formulierung vorzunehmen.

zu 6.4 Antrag: Öffentliche Stellungsnahmen

Ich stelle nochmals den Antrag, dass öffentliche Stellungnahmen von der Ortsvorsteherin nur nach Vorlage von Beschlüssen erfolgen dürfen (Beschluss einstimmig – vom 15.7.2021).

Der Antrag ist nach einer entsprechenden Erklärung der Ortsvorsteherin erledigt.

zu 6.5 Antrag: Informationen anderer Beiräte

Ich stelle den Antrag, dass die Ortsvorsteherin grundsätzlich alle Informationen, die für das Gremium wichtig sind, unverzüglich allen anderen Beiräten übermittelt.

Der Antrag wird ebenfalls als erledigt erklärt.

zu 6.6 Antrag: Sachfragen an einen geladenen Gast

Sachfragen an einen geladenen Gast (z.B. Fachdienst, Wohnungsbaugesellschaft etc.) sowie dessen Antworten, die nur mündlich während einer Sitzung gestellt oder getroffen werden und eine weiterreichende Bedeutung für die Ziele oder einen geregelten Arbeitsablauf des Ortsbeirats haben, sollen von der Schriftführung noch während der Sitzung verschriftlicht werden. Das Gremium sowie der Gast sollen die Formulierungen noch während der Sitzung bestätigen.

Nur mündliche Antworten auf schriftliche Anfragen getroffener Beschlüsse sollen ebenso schriftlich festgehalten werden, jeweils mit Angabe des Namens des Gesprächspartners, dessen Arbeitsbereich sowie dem Datum dieser Antwort. Diese schriftliche Zusammenfassung soll dem Gesprächspartner innerhalb einer Woche zur Bestätigung zugeleitet werden, damit Missverständnisse möglichst gering gehalten werden. Erfolgt innerhalb von 6 Wochen kein Widerspruch, gilt die schriftliche Niederlegung als zutreffend und genehmigt.

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	
Ungültige Stimmen:	

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

zu 6.7 Antrag: Kinderfreizeit Richtsberggemeinde e. V.

Der Ortsbeirat unterstützt auch in 2022 die Kinderfreizeitveranstaltung der richtsberggemeinde mit 50,-€

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	
Ungültige Stimmen:	

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

zu 6.8 Antrag: Antrag bzgl. Forderung der Fortschreibung des bestehenden Quartier-Konzepts zur Stadtteilentwicklung im Hinblick auf eine energetische Sanierung und Wärmenetzversorgung für den Stadtteil Richtsberg.

Der Magistrat wird gebeten die aufgeführten elf Positionen zu überprüfen und zeitnah ein schlüssiges Konzept zur Umsetzung mit anschließender Veröffentlichung zu erstellen. Dabei soll die Zusammenarbeit mit allen am Richtsberg vertretenen Wohnungsbaugesellschaften angestrebt werden.

Bürgerbeteiligung ist erwünscht.

- 1. Überprüfung der Energieeffizienz der unterschiedlichen Gebäudetypen, Baualtersklassen und Eigentümerstrukturen am Richtsberg.
- 2. Überprüfung der Umsetzung des Energiekonzeptes für das Quartier Richtsberg, die CO2 Emissionen im Bereich Strom und Wärme von 2009 bis 2030 zu halbieren.
- 3. Erhebung des Sachstandes der bisherigen Umsetzung der Quartier spezifischen Maßnahme-Kataloge.
- 4. Überprüfung der Quartier bezogenen Förderung der Zuschüsse von Bund, Land und Kommune.
- 5. Forderung an den Magistrat der Stadt, den Stadtteil Richtsberg modellhaft als sogenanntes Milieuschutzgebiet auszuweisen. Der Fachbegriff dafür ist das soziale Erhaltungsgesetz nach Paragraf 172ff. Baugesetzbuch.
- 6. Sozialwohnungen sollen so angeboten (Kaltmiete) und / oder müssen in Härtefallregelungen so flexibel gehandhabt werden, dass bspw. Bezieher*innen von Transferleistungen ein Anrecht auf Wohnungen mit Sozialbindungen ohne besondere Einschränkungen haben.
- 7. Ein Kataster leerstehender Wohnungen am Richtsberg erstellen.
- 8. Grundsätzliche ist, seitens der Bau- und Vermietungsgesellschaften, Gemeinnützigkeit anzustreben sowie durch Zukauf der Kommune von bereits bestehenden Gebäuden, eine Rückführung in sozial verträglichen Wohnraum oder Überführung in genossenschaftliches Eigentum herbeizuführen.
- 9. Forderung einer demokratischen Entwicklung im Verhältnis Vermieter/ Mieter die Umsetzung der Wahl eines Mieterbeirates der GeWoBau (Existenz von zwei Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung).
- 10. Eine Umsetzung der Kostenneutralität für Mieter*innen bei energetischer Sanierung für Klimaschutz und der Wärmenetzversorgung im Stadtteil Richtsberg ist zwingend notwendig.
- 11. Grundsätzlich muss der Gesetzgeber tätig werden, um die staatlichen Förderungen für Quartier-Konzepte zur energetischen Sanierung und zur Kostenneutralität für Mieter*innen auszubauen.

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	
Ungültige Stimmen:	

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

zu 6.9 Antrag: Antrag bzgl. Forderung zum bezahlbaren Wohnraum für Schüler*innen und Auszubildende im Stadtteil Richtsberg.

Der Magistrat wird gebeten zeitnah zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, ein zukunftsweisenden Modellprojekt von vergünstigten kleinen und variablen Wohnraumeinheiten für Schüler*innen und Auszubildende im Stadtteil Richtsberg zu schaffen.

Dabei soll die Zusammenarbeit mit allen am Richtsberg vertretenen Wohnungsbaugesellschaften angestrebt werden.

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	
Ungültige Stimmen:	

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

zu 7 Haushaltsanmeldung 2023 für Verkehrsberuhigung Damaschkeweg

Wichtigster Punkt ist die Umwandlung des Damaschkewegs in eine verkehrsberuhigte Spielstraße. Da die Gesamtkosten erst in der Planung ermittelt werden können (und eine entsprechende Investition in 2023 nicht zu erwarten ist), beantragt der Ortsbeirat, die Planungskosten für diese Maßnahme im Haushalt für 2023 zu veranschlagen.

Als weitere Haushaltsanmeldung sollen Planungskosten für die Sanierung und Erweiterung der beiden BSF-Gebäude Am Richtsberg 66 sowie Damaschkeweg 96 an den Magistrat gestellt werden.

zu 8 Verschiedenes und Termine

Mediationstermin 12.05.2022, 17.00 Uhr Absage Eröffnung Begegnungszentrum 30.04.2022

Online-Veranstaltung Bündnis für Soziale Stadt 20.05.2022, Halina Pollum nimmt daran teil.

Die Ortsvorsteherin schließt die Sitzung um 20.37 Uhr.

Marburg, 19.05.2022

Erika Lotz-Halilovic Ortsvorsteherin Dr. Heinz Stoffregen Schriftführer